

Liestal, 12. Oktober 2022/BUD

Stellungnahme

Vorstoss	Nr. 2021/731
Parl. Initiative	von Klaus Kirchmayr
Titel:	Verfassungs-Artikel Kreislauf Wirtschaft?
Antrag	Parlamentarische Initiative zur Überweisung empfohlen

1. Begründung

Die Schweiz verfügt über eine gut ausgebaute und leistungsfähige Abfallwirtschaft. Allerdings ist die Schweizer Abfallwirtschaft in vielen Bereichen noch nicht im erforderlichen Ausmass auf die Schonung der Ressourcen ausgerichtet. Die stoffliche Verwertung von Abfällen und insbesondere die Rückführung von Ressourcen in den Stoffkreislauf geniessen noch nicht den notwendigen Stellenwert.

Der Regierungsrat hält fest, dass lineare Stoffströme in einer Welt mit endlichen Ressourcen nicht zukunftsfähig sind. Demzufolge muss die heutige Abfallwirtschaft in eine nachhaltige und zukunftsfähige Kreislaufwirtschaft transformiert werden. Die Schweiz trägt dabei als rohstoffarmes Land mit ausgeprägtem Konsumverhalten und hohem Abfallaufkommen eine besondere Verantwortung. Aufgrund der traditionellen Stärken der Schweiz in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie Innovation verfügt die Schweiz über eine gute Ausgangslage zur erfolgreichen Umsetzung der notwendigen Transformation der Abfallwirtschaft. Es gilt dabei auch zu bedenken, dass der Wirtschaftsbereich der Umwelttechnologien stark wächst und wirtschaftliche Möglichkeiten für Unternehmen bietet.

Der Regierungsrat gibt aber auch zu bedenken, dass alleine die Aufnahme eines Verfassungsartikels zur Kreislaufwirtschaft in die Kantonsverfassung keinen Effekt haben wird. Allenfalls kann die Aufnahme eines entsprechenden Verfassungsartikels eine Signalwirkung haben und eine Verpflichtung von Gesellschaft und Wirtschaft festhalten. Massgebend für die Etablierung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft ist, dass insbesondere auf nationaler und ergänzend auch auf kantonaler Ebene entsprechende Rechtsgrundlagen und Anreizsysteme geschaffen werden. In diesem Zusammenhang verweist der Regierungsrat auf die parlamentarische Initiative der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-NR) «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» (20.433; Teilrevision Umweltschutzgesetz) sowie auf die Aktivitäten des Kantons im Bereich des Baustoffkreislaufs (u. a. Landratsvorlage [2021/472](#) «Massnahmenpaket zur Förderung des Baustoffkreislaufs Regio Basel»).

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Regierungsrat die Überweisung der parlamentarischen Initiative «Verfassungs-Artikel Kreislauf Wirtschaft?». Für den Fall einer Ausarbeitung eines Verfassungsartikels empfiehlt der Regierungsrat die Wahl einer offenen Formulierung, so dass einerseits die Thematik in der ganzen inhaltlichen Breite abgedeckt wird und andererseits Widersprüche vermieden werden.